



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

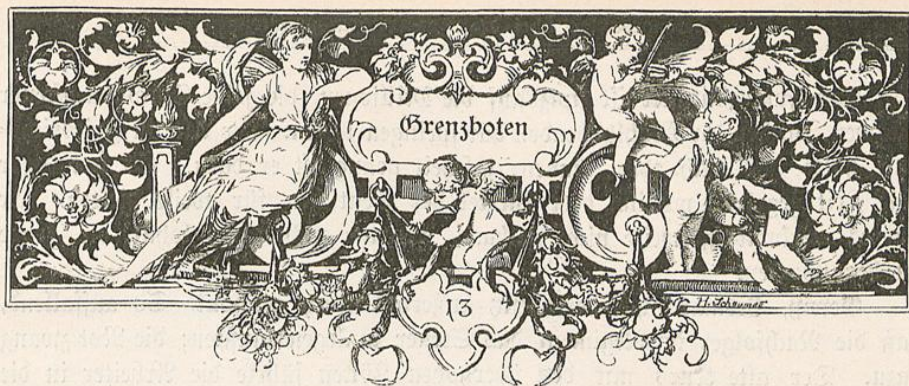
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Laiengedanken über die Steuerreform in Preußen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Vaiengedanken über die Steuerreform in Preußen

### 1. Die Ergänzungssteuer



er Berg hat gekreist und Drillinge geworfen. Die Landtagskommission schwigt über Herrn Miquels Entwürfen, die Kommunalvertreter grübeln über die neuen Steuerquellen, die ihnen freundlich eröffnet sind, und der Kapitalist und Grundbesitzer schilt über die „Ergänzungssteuer.“ Nicht das Mehrbluten macht diese Steuer verhaßt, denn das Kindchen verlangt nur einhalb vom Tausend, sondern die drohende neue Inquisition, nachdem kaum der Schrecken der ersten Selbsteinschätzung überwunden ist.

Die Deklaration von 1892 war ein harmloses Befühlen der Rocktaschen, und ein geschickter Mann konnte aus diesen etwas in die Hosentaschen hinüberretten. Herr Miquel besorgt, daß sich allzuviel geschickte Leute diese Freiheit genommen haben, und er leitet diesmal die Sonde bis an die figlichsten Punkte des Steuerkörpers. Der preußische Steuerzahler wird künftig wie ein aufgeschlagenes Buch vor dem Schätzungsausschuß liegen. Auch vor dem Feinde, wenn ihn uns Gott nicht vom Halse hält. Wir selbst sind ja nach dem Militärwochenblatt zu schwach dazu.

Vom 1. April 1895 ab will und wird der Staat alles wissen, was du dein nennst. Ob es dir Nutzen bringt oder nicht, ist seiner Neugierde gleichgiltig. Du hast dir vielleicht ein Gärtchen angelegt, oder dir ein Erbbegräbnis bauen lassen, um einst bequem zu ruhen. Bisher konntest du dich dieser unnützen Dinge steuerfrei erfreuen. Das ist vorbei. Deine größte Sorge muß von nun an sein, ein Vermögenskataster für den Staat zu führen, damit dich der Steuerausschuß nicht unvermutet überfalle und als fahrlässigen Steuerbetrüger aus Paragraph soundsoviel entlarve.

Der Finanzminister ist stolz auf die Millionen, die seine Einkommensteuer aus den Taschen der Wohlhabenden hat springen lassen. Der Alte in Friedrichsruh hätte das auch thun können; geschickt genug ist er dazu. Es hat sogar eine Zeit gegeben, wo ihn drei Viertel der Deutschen für weise hielten. Er hat es merkwürdigerweise nicht gethan. Warum nicht? Es lohnt, die Frage zu beantworten.

Gewiß, Bismarck hat den Besitz außerordentlich geschont. So auffallend, daß die Nachfolger im Regiment das Steuer umlegen mußten; die Not zwang dazu. Der alte Kurs mit den überhohen Zöllen führte die Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie. Den Gegenwert der sozialen Gesetze haben die wissenden Arbeiter als ein Linsengericht beiseite geschoben, und die unwissenden haben ihn nicht verstanden.

Der neue Kurs züchtet die Unzufriednen aus den Besitzenden. Und das ist schlimm für ihn und den Staat. Der sozialistische Staat verliert seine Schrecken, wenn man sieht, was der monarchische kann.

Man mißverstehe mich nicht. Der Staat steht nicht auf den mißvergnügten Leuten, die unter der alten Einkommensteuer Hunderte und Tausende unter ihrem Vermögen steuerten, oder auf denen, die jetzt erst schreien, wo das Verheimlichen wirklich schwer und gefährlich wird. Diese Sammermänner bilden kein Staatsfundament. Aber sie sind glücklicherweise in der Minderheit. Der Hauptstamm, der Mittel- und Kleinbesitz, war und ist noch ehrlich gegen den Staat. Und an diesem guten Stamm nörgelt der Staat unverantwortlich herum.

Wenn der Cigarrenarbeiter die Fabrik verläßt, durchsucht ihm ein Aufseher die Taschen, ob er Tabak entwendet hat. In die Rolle dieses Arbeiters drückt das Ergänzungsteuergesetz die Bürger herab. Und was hat der Kleinkaufmann, der Handwerker, der Bauer, der von der Hand in den Mund lebt, groß zu verbergen? Die Leute werden unnötig beunruhigt und gequält.

Man kennt oben den Mißmut, den das Klebegesetz in allen Kreisen erregt, aber man überhört ihn und züchtet weiter Mißvergnügte, bis die Reichstagswahl mit brutalen Ziffern sprechen wird.

Triumphirend rechnet der Finanzminister die Milliarden vor, die er aus der Selbsteinschätzung und allerhand Katastern als Vermögen der preussischen Steuerzahler ermittelt hat. Uns schwindelt vor den elfstelligen Zahlen. Der Finanzminister will beweisen, daß seine Ergänzungsteuer sicher 35 Millionen bringen wird. Sie wird viel mehr bringen. Das Staatsdefizit ist dadurch für einige Jahre beseitigt, aber wem fällt der eigentliche Nutzen zu? Dem lachenden Dritten, der Sozialdemokratie.

Der Alte in Friedrichsruh hätte solche Zahlen nicht veröffentlicht. Er hätte dem Sozialismus diese furchtbare Waffe nicht in die Hand gegeben. Wie? Hundert oder hundertundfünfzig Milliarden Vermögen in Preußen, und

für Hunderttausende nicht satt zu essen? Dank der Zwangsschulbildung kann der Ärmste rechnen, und die Führer werden nicht versäumen, ihm nachrechnen und nachdenken zu helfen.

Der neue Kurs giebt sich redliche Mühe, gegen die Steuerzahler gerecht zu sein; nur böser Wille kann das leugnen. Der alte Kurs war vielleicht ungerecht, aber geschickter. Fürst Bismarck widersezte sich der Deklaration: sie mußte die ungeheuerliche Verschiebung des Güterbesitzes offenkundig machen. Die Riesenziffern müssen den Riesenappetit der besitzlosen Massen wecken. Mit der Offenlegung tritt die Unhaltbarkeit der Verschiebung zu Tage; ihre Beseitigung kann in einem Lande des allgemeinen Wahlrechts nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden.

Wird der monarchische Staat stark genug sein, den Ausgleich in friedliche Bahnen zu leiten? Die Zeit wird's lehren.

## 2. Die Aufhebung der Realsteuern

Der preußische Staat arbeitet mit Unterbilanz. Kein Wunder: der Verkehr stockt, die Eisenbahnen entwickeln sich ungünstig; Heer, Kirche, Schule, Beamte sind ewig mehr fordernde Kostgänger. Da muß es hapern. Hätte der Staat in so kritischer Zeit keine sicher eingehenden Realsteuern, er müßte sie erfinden. So könnte der Laie meinen. Der Finanzminister des neuen Kurses denkt umgekehrt: es ist die beste Zeit, Staatseinkünfte zu verschenken. Wirklich, eine erstaunliche Reform, die das Staatsdefizit um hundert Millionen erhöht! Der nachdenkliche Steuerzahler wird sich sagen: Herr Miquel ist ein kluger Kopf; er schenkt nicht umsonst. Er fischt mit kleinen Fischen nach den großen.

Die preußischen Gemeinden haben die Einkommensteuer zum Teil mit unerträglichen Zuschlägen bepackt. Einzelne sind am Ende des Finanzalphabets. Der Finanzminister will ihnen helfen und sich auch. Er sagt den Herren vom Räte: Da habt ihr die Realsteuern; aber mir laßt die Einkommensteuer! Die dürft ihr nur mit geringen Zuschlägen belegen, und die Vermögenssteuer, die ich außerdem haben muß, gar nicht.

Das ist der Kern! Herr Miquel will eine bewegliche Einkommen- und Vermögenssteuer. An diesen soll die Staatssteuerschraube befestigt werden. Die Vermögenssteuer ist für den Anfang so niedrig geplant, daß sie gut das Dreifache bringen kann.

Der Plan ist geschickt. Nur werden die Realsteuerzahler — einige ganz große ausgenommen — kaum einen Nutzen haben. Es kann ihnen gleichgiltig sein, ob Staat oder Gemeinde die Steuer einstreicht, wenn sie die Last nicht los werden.

Bald werden wir also in Preußen den sonderbaren Zustand haben, daß der Staat Millionen von Steuern — Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer —

veranlagt und das Beamtenheer dazu hält und besoldet, nicht für sich, sondern um den Gemeinden neue Zuschlagskataster zu schaffen. Das ist eigentümlich; aber die Reform wird noch stärkere Eigentümlichkeiten zeitigen.

Wenn eine Steuer in Preußen reformbedürftig ist, so ist es die Grundsteuer. Ihre Einschätzung vor dreißig Jahren entspricht nicht annähernd den heutigen Erträgen. Der Staat selbst hat das anerkannt, indem er den Landschaftsbanken gestattete, den Bodenwert bis zum fünfunddreißigfachen Reinertrage anzunehmen und dann noch Zuschläge zu machen. Diese unzulängliche Steuer soll nun endlos festgelegt werden; ja noch mehr: durch die Rückforderung der Grundsteuerentschädigungen für ehemals befreite Güter wird die Verbesserung künftig unmöglich gemacht.

Die geplante Rückgewähr muß böses Blut machen. Warum soll die Entschädigung nur zurückgezahlt werden, wenn das Gut im Familienbesitz geblieben ist? Der Käufer hat die Grundsteuer notgedrungen bei der Wertberechnung mit angeschlagen und vom Preise gekürzt; wenn die Rente fällt, muß er das Kapital heimzahlen. Wozu die schwächliche Schonung, wenn der selbsthaft gebliebene Besitz nicht geschont wird? Der Staat hat nichts zu verschenken; siehe das Defizit!

Die Aufhebung der Befreiungen ist vor dreißig Jahren als ein Akt der Gerechtigkeit empfunden worden. Mit Heimzahlung der Entschädigungen sind wir glücklich wieder auf dem Punkte vor 1861 angekommen; es wird Hunderttausende von Hektaren in Preußen geben, die der Staat künftig rechtlich nicht besteuern darf.

Und derselbe Finanzminister, der die persönlichen Befreiungen der Standesherrn aufhob, stellt die Realprivilegien wieder her! Warum das? Und warum behält der Staat nicht seine beste und sicherste Steuerquelle?

Der Grundsteuerverzicht wird Herrn Miquel kaum aus vollem Herzen kommen. Aber seit Jahren wird die Grundsteuer als ungerecht im Landtage verschrien; die Überweisung ist als Heilmittel für die kranken Kommunen unablässig angepriesen und in gewissem Sinne populär und Parteiprogramm geworden. Auf den vollen Steuerverzicht wagte allerdings niemand zu hoffen, nur auf die Hälfte. Der Finanzminister macht ganze Arbeit. Wird die Zukunft sie loben? Oder wird der preußische Landtag von 1893 das Staatssteuerrückgrat in Preußen zerbrechen?

### 3. Die Kommunalsteuerreform

Hundert Millionen Steuern frei für die Gemeinden! Eine stolze Zahl. Leider gehörte eine Null dahinter, um dem Auffaugungsvermögen der modernen Gemeinden näher zu kommen.

Der Finanzminister weiß das, und er eröffnet deshalb „neue Steuerquellen.“ Eine gute Aussicht. Der Steuerzahler sieht sich die „Gebühren

und Beiträge“ des Gesetzentwurfs näher an. Wie ist uns denn? All die Plackereien der Pfennigfinanzkunst, die wir seit dem Norddeutschen Bunde abgethan glaubten, leben wieder auf. Wer einen Baukonsens braucht, zahlt eine Gebühr — ob 1 Mark oder 1 Mark 20 Pfennige, wird der Regierungspräsident bestimmen; wer ein Tänzchen wagen will, löst einen Erlaubnischein für 50 Pfennige u. s. w. Wir Ältern haben das noch erlebt und uns kindlich gefreut, als der Zopf abgeschnitten wurde. Wir haben uns geirrt, er hängt uns wieder hinten, und es wird von der Findigkeit des Bürgermeisters abhängen, wie lang wir ihn künftig tragen werden.

Auch die Schlachtsteuer unberühmten Angedenkens ersteht von den Toten. Denn was anders bedeutet die Erhöhung der Schlachthausgebühr?

Nicht Steuerquellen sind es, die den Gemeinden eröffnet werden, nein Quellchen und kümmerliche Rinnsale. Ein Nichts werden sie liefern gegenüber dem Massenverbrauch der heutigen Gemeinden, aber eine Menge Schreibereien, Kontrollkosten und Kraftverzettlung der Beamten. Die einzige Steuer mit tüchtiger Ertragsfähigkeit wäre eine Bierabgabe; aber „sie ist durch das Reichsgesetz beschränkt.“ Die wirklichen Quellen behalten eben Reich und Staat für sich.

Nun, die hundert Millionen müssen doch erklecklich helfen? Gewiß, aber wem? Die armen Landstriche mit geringem Boden zahlen geringe Grundsteuern; die Gebäudesteuer ihrer Häuschen rechnet nicht, und von Gewerbesteuer ist beim Kleinbetriebe kaum die Rede. Die reichen Gegenden haben hohe Grundsteuern, die Mietpaläste der Großstädte enorme Nutzungswerte. So erläßt der Staat den armen Landstrichen winzige Beträge, und den reichen Gegenden, voran Berlin, das es gar nicht braucht, werden Millionen geschenkt. Wer da hat, dem wird gegeben.

Der Leser sieht ein, daß die Reform ungerecht wirken wird, und doch schüttelt er vielleicht den Kopf. Wie anders soll denn den Gemeinden geholfen werden? Denn krank sind sie doch.

Behauptet wird das allerdings bis zum Überdruß, aber darum braucht es noch nicht wahr zu sein. Und in der Allgemeinheit wenigstens trifft es nicht zu. Gott sei Dank, es giebt noch viel gesunde Gemeinden in Preußen. Da sind eine Reihe Städte in durchaus nicht hilfloser Lage; andre, namentlich im Westen, gesunden zusehends, jetzt wo die Wohlhabenden besser ihre Steuerpflicht erfüllen müssen. Da sind die meisten Kreise und die Bauer- gemeinden auf guten Füßen. Andre stehen schlecht, sehr schlecht, einige sind mehr als übel daran. Aber woher kommt das? Sie verschulden es selbst. Die kleinen Städte haben Großstadtpolitik getrieben, eine es der andern zuvorthun wollen. Sie haben Gymnasien gegründet, die leer stehen, Volksschulpaläste gebaut, zu Kunststraßen, Bahnprojekten u. s. w. mit vollen Händen Geld gegeben. Und das alles nicht langsam bessernd, sondern fortschritt-

hastend, nicht aus gefüllten Kassen, sondern mit Schulden, mit nichts als Schulden, die noch Kind und Kindeskind belasten werden. Jetzt kommen sie und „schreien“ nach Staatshilfe.

Der Staat ist die Gesamtheit aller Steuerzahler. Er schafft einen bedenklichen Vorgang, wenn er die Fehler einzelner Stadtverwaltungen aus Staatssteuermitteln decken hilft. Durch Zuschüsse bessert man überdies keinen Verschwender. Wenn der Staat heute hundert Millionen giebt, werden die Gemeinden neue Ausgaben erfinden und nach etlichen Jahren wiederkommen: Väterchen, mehr! Der Verschwender muß sparen lernen, und der Staat muß die Gemeinden dazu anhalten. Erst wenn diese lernen, sich wieder nach der Decke zu strecken, werden sie gesund. Leider ist der Staat mitschuldig an der übeln Lage vieler Gemeinden: er hätte ihnen das unsinnige Schuldenmachen nicht gestatten sollen.

Nun giebt es in Preußen auch Gemeinden, die ohne eignes Verschulden kranken. Das sind die leistungsunfähigen, armen Gemeinden. Leider hilft diesen der Weg des Reformplans so gut wie gar nicht. Wird ihnen die Armenlast durch einen größern Verband und die Schullast abgenommen, so können sie gesund werden. Die Schullast mag der Staat nehmen; die thatsächliche Leitung der Schule hat er den Gemeinden ja schon abgenommen. Mit etlichen Millionen ist da schon viel zu erreichen.

Wozu nun der Lärm der Überweisungen? Die Millionen, auf die der Staat verzichtet, fallen zum Teil in den Abgrund, zum andern Teil stopfen sie Löcher zu, die gar nicht da sind. Der Finanzminister hatte keine glückliche Stunde, als er Staats- und Gemeindesteuerreform verquickte.

Der neue Kurs führt ein löbliches, aber verhängnisvolles Vermächtnis des alten fort. Er will allen Leuten von Staats wegen helfen und aller Welt Wünsche erfüllen. Mit Landwirtschaft, Handwerk, Arbeitern ist es hinter einander versucht worden, jetzt wird es mit den Gemeinden versucht. Der Finanzminister mag seinem Reformplan Gesetzeskraft verschaffen; mit der Zufriedenstellung wird er scheitern, wie der alte Kurs gescheitert ist. Und unter diesem hatten wir eine übermächtige Persönlichkeit, die den Fehlschlag deckte und die Autorität der Regierung unerschütterter ließ. Aber was ist dem deutschen Volke Herr Miquel?

Ein Hauptmittel, die Leute zufriedenzustellen, ist, sie in Ruhe zu lassen. Und das bringt der neue Kurs nicht fertig. Er erstickt uns mit Reformen. Ein unverdaulicher Entwurf folgt einem noch unverdauten Vorgänger, und so fort. Und der Kern aller Reformen ist: mehr Lasten!

Landtag, werde hart, damit nicht im Herbst deine Wähler hart werden!

#### 4. Schluß

Die Steuerreform nach Herrn Miquels Entwürfen wird Gesetz werden, aber

ein dauerndes Werk wird sie nicht sein. Der hippokratische Zug haftet ihr, wie allen Gesetzeschöpfungen unsrer Zeit, deutlich an. Es sind Fabrikzeugnisse.

Immerhin wird ein Gewinn zu verzeichnen sein: die bessere Heranziehung des Kapitals zu den öffentlichen Lasten. Das Kapital müßte noch mehr bluten, aber die Wege des Finanzministers behagen uns nicht.

Zum ersten soll aller Besitz gleichmäßig steuern, die Baustelle wie der Park und wie die Konsols. Die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand. Die Baustelle ist ein Wert mit ruhendem Zins, der Park verzehrt Geld, und die Konsols bringen fortdauernden Zins. Das muß doch berücksichtigt werden. Das Vermögen muß bei der Rente gepackt werden, bei der werbenden, nicht bei der schlummernden Kraft.

Zum zweiten soll das Vermögen durch eine maßlose Inquisition ermittelt werden. Giebt's keinen andern, als diesen häßlichen Weg?

Baustellen, Wildpark u. s. w. sind durch eine verbesserte Grundsteuer leicht zu fassen. Im übrigen möchten wir das nicht werbende Vermögen verständiger Schonung empfehlen. Es muß in Preußen noch etliche andre unbesteuerte Dinge geben, als die Luft.

Und wie wäre es, wenn der Staat die Zinsrente nicht wie bisher in den hunderttausend Einzeltaschen ermittelte und besteuerte, sondern an ihrer Quelle? Wenn er sich gar nicht darum kümmerte, wer die Rente empfängt, sondern wer sie zahlt? Kurz und gut, er kürze die Zinsen seiner Anleihen gleich um die Kuponsteuer. Die Landschafts- und Rentenbanken, Aktiengesellschaften u. s. w. behalten die Staatssteuer ihrer Zins- und Dividendenscheine gleichfalls ein und liefern sie dem Finanzminister in einer Summe ab. Der erspart eine Unzahl Veranlagungskosten und Beamte und hat noch das Vergnügen, daß auch die Ausländer von ihren inländischen Papieren steuern müssen. Für die fremden Papiere in inländischem Besitz wird die Steuer für den ganzen Kuponbogen gezahlt. Ohne den Steuerstempel sind sie nicht umlaufsfähig.

Die Börse wird schreien und behaupten, das gehe nicht. Es geht doch. Und es ist besser, ein paar hundert Börstianer schreien, als daß das ganze Land unter einer ewigen Besitzinquisition seufzt.

Für Hypotheken und Schuldscheine geht es ebenso gut. Der Versuch des Gläubigers, den Steuerabzug auf den Schuldner abzulasten, muß mit entehrenden Wucherstrafen belegt werden. Das wird schon helfen. Man wende nicht ein, der Kredit würde leiden. Die Kapitalisten müssen ihr Geld unterbringen und können der Zinssteuer nirgends entschlüpfen. Einige doch: die Millionäre mit fremden Werten in ausländischen Banken. Aber die Wackern, die das thun, werden auch bei der Deklaration die Unwahrheit sagen und die Veranlagungsbehörden noch gröber täuschen.

Der preußische Staat besteuert jetzt das Arbeitseinkommen bis zu vier

Prozent. Er kann dem mühelosen Erwerb aus Zinsen unbedenklich fünf Prozent auslegen. Dann bekommt er ohne Zweifel so viel Geld ein, daß er die Einkommen bis 3000 Mark von aller direkten Steuer befreien und den Gemeinden überlassen kann. Dann ist denen geholfen.

Und was für kurze, klare Steuerlisten erhält der Staat dann! Sie enthalten nur leistungsfähige Leute, deren Einkommen aus Gehalt, Pension, Gewerbe und Grundbesitz der Landrat vortrefflich übersehen und einschätzen kann.

Wenn aber die ungeheuern Zinsrenten aus den persönlichen Steuerlisten verschwinden, regelt sich das Wahlrecht nach dem Dreiklassensystem von selbst. Der jetzt von der Regierung unternommene Versuch, die Wahlfrage zu lösen, befriedigt niemand und rettet die Dreiklassenwahl nicht.

In die Kommunalsteuerlisten würden alle reinen Rentner mit einer festen, für den Ort festgesetzten Summe einzutragen sein. Sie zahlten dadurch gleiche Gemeindesteuern, was bei gleichem Rechte an den Gemeindecinrichtungen nur billig ist.

Die Besteuerung der Rente an der Quelle würde die kleinen Zinsempfänger natürlich mittreffen. Die Härte ist aber nur scheinbar, da der Staat sie von jeder andern direkten Steuer befreit hat. Nur Wohlthätigkeitsanstalten müßten berücksichtigt werden. Sie müßten die Steuer auf obrigkeitliches Attest zurück-erhalten.

Das sind Grundzüge, auf denen Dauerndes aufgebaut werden könnte. Die Finanzmänner des neuen Kurses mögen es versuchen. Wir glauben, sie würden damit bestimmt so viel Steuern einbekommen, daß nicht nur das Staatsdefizit verschwände, sondern auch noch ein Stückchen zur Schuldentilgung übrig bliebe. Und das ist etwas, was Preußen mit seinen sechs Milliarden Schulden not thut. Jede Schuldentilgung vermindert die Ungleichheit der Güterverteilung, und jede Schuldenvermehrung verschärft die Verschiebung zu Ungunsten der Besitzlosen und zum schließlichen Nutzen der Sozialdemokratie.

Ich bin am Schlusse. Ich habe unnütze Arbeit geschrieben, ich weiß es. Diese Anschauungen passen in kein Programm unsrer Parteien, und in das Programm der lieben Börse erst recht nicht. Aber vielleicht blüht ihnen eine Zukunft. Das möchte ich ein klein wenig hoffen.

